

Mündliche Anfrage

des Abgeordneten Guido Dahm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Treffen der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Ausbildungskrise

Beim Treffen der Regierungschefs von Bund und Ländern am 3. Juli 1997 wurden gemeinsame Maßnahmen zur Behebung der aktuellen Ausbildungskrise abgeprochen. So soll beispielsweise der Umfang der Berufsschulzeit erhalten bleiben. Gleichwohl soll der Unterricht flexibler organisiert werden, damit die Jugendlichen und jungen Erwachsenen länger im Betrieb sind. Des weiteren sollen künftig die Kammern die Prüf- und Einschreibegebühren nicht mehr allein von den ausbildenden Betrieben verlangen, sondern von allen Mitgliedsbetrieben durch eine gemeinsame Umlage aufbringen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wo sieht die Landesregierung weitere Flexibilisierungsmöglichkeiten beim Berufsschulunterricht in Rheinland-Pfalz, die die Anwesenheit der Auszubildenden in den Ausbildungsbetrieben erhöhen?
2. Um wie viele Arbeitsstunden oder -tage würden diese Flexibilisierungsmöglichkeiten gegebenenfalls die Anwesenheit in den Betrieben erhöhen?
3. Wie viele Arbeitswochenstunden verbringen Auszubildende im Baugewerbe im Laufe ihrer Ausbildung in Rheinland-Pfalz durchschnittlich in überbetrieblichen Ausbildungsstätten?
4. Wie viele Arbeitswochenstunden verbringen Auszubildende aus den Berufsgruppen Chemiearbeiter, Mechaniker und Elektriker jeweils im Laufe ihrer Ausbildung in Rheinland-Pfalz durchschnittlich in überbetrieblichen Ausbildungsstätten?
5. Schließt sich die Landesregierung dem Appell des Bundeskanzlers und aller Ministerpräsidenten an die Kammern an, die Prüf- und Einschreibegebühren nicht mehr allein von den ausbildenden Betrieben, sondern von allen Mitgliedsbetrieben einer Branche zu verlangen?
6. Wenn ja, sieht die Landesregierung darin einen ersten Schritt zur weiteren freiwilligen, branchenbezogenen, solidarischen Verteilung der Kosten der beruflichen Ausbildung im dualen System?

Guido Dahm